

**Beschluss- (Resolutions-) Antrag**

der Landtagsabgeordneten Sonja Kato und Ernst Nevriy (SPÖ), Claudia Smolik (Grüne), Kurth-Bodo Blind und Veronika Matiasek (FPÖ), Dipl.Ing. Roman Stiftner (ÖVP) und KollegInnen zu Post 10 betreffend Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 22.11.2007.

Die Entwicklungen in Europa in Bezug auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft sind besorgniserregend. Österreich kann seine Importverbote für Mon810 und T25 auf Druck der EU-Kommission nicht mehr lange aufrechterhalten. Die Frist ist aktuell bis 11. Jänner 2008 verlängert worden. Das ist eine große Chance für den zuständigen Landwirtschaftsminister Josef Pröll, die österreichische Position zu stärken und dem Willen der Österreicherinnen und Österreicher entsprechend, das Importverbot zu verteidigen.

In der Wiener Landwirtschaft werden keine gentechnisch veränderten Organismen eingesetzt. Wien setzt dabei auf eine Doppelstrategie, einerseits gibt es das Gentechnikvorsorgegesetz mit strengen Auflagen und andererseits sind die meisten Wiener Betriebe Mitglied der Plattform „Freiwillig ohne Gentechnik“. Doch es ist unerlässlich, dass die EU die Weichen ebenfalls in die richtige Richtung stellt. Es kann nicht angehen, dass die EU-Kommission den Mitgliedsstaaten den Einsatz der Gentechnik aufzwingt.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 Ordnung des Landtages für Wien folgenden

**Beschluss- (Resolutions-) Antrag**

Der Landtag wolle beschließen:

Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Josef Pröll wird ersucht, die Frist bis 11. Jänner 2008 zu nutzen, um durch neue Studien und Argumente das österreichische Importverbot zu untermauern und damit aufrechtzuerhalten. Andernfalls wird der Bundesminister ersucht, das Importverbot bis zum EuGH durchzukämpfen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 22.11.2007

PRÄSIDIUM MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN
Eing.: 22. NOV. 2007
POP-05621-2007/00011/AT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat